

Riesenblamage der Agrarier im Senat.

Erpresser abgeblitzt!

Obstruktionsversuche von den übrigen Koalitionsparteien im Keim erstickt. Kamplabstimmung bringt Niederlage der Agrarier. — Keine politischen Folgerungen.

Prag, 15. Juli. Heute haben sich die tschechischen und deutschen Agrarier im Senat eine gründliche Blamage geholt. Statt des erhofften Triumphes hat ihr Führer Donat die übrigen Koalitionsparteien, denen der unaufhörliche Terror der Agrarier endlich einmal zu dumm wurde, in eine antiagrarische Einheitsfront zusammengeschmiedet, an der sich selbst der sonst so vorsichtige Vater Sramek beteiligte. Im Handumdrehen und ehe sich die verdutzten Agrarier beider Nationen der Situation so richtig bewußt waren, war den agrarischen Obstruktionsversuchen durch einen Antrag auf Schluß der Debatte ein unruhliches Ende bereitet. Weil sich die Herrschaften dazu nicht verstehen wollten, wie alle anderen Koalitionsparteien bedingungslos für die beiden Steuervorlagen zu stimmen, für die sich ja keine der anderen Koalitionspartei anders als unter dem schärfsten Druck der finanziellen Notwendigkeiten ausgesprochen hat, wurde die Abstimmung einfach ohne Rücksicht auf die Agrarier durchgeführt. Daß sie dabei ganz offen gegen die beiden Vorlagen stimmten, änderte an der Annahme der Vorlagen nichts.

Es blieb ihnen nicht einmal die Genugtuung, die dem Elefanten im Porzellanladen bleibt, wenigstens ein ordentliches Maßheur angerichtet zu haben, denn der sofort einberufene Ministerrat zog aus dieser Kamplabstimmung nicht die geringsten Konsequenzen und überließ es völlig der Agrarpartei, diese Angelegenheit im eigenen Wirkungsbereich auszutragen.

Das Pitante an der Sache ist jedoch weiter, daß diesmal nicht einmal alle extremen Elemente innerhalb der Agrarpartei im Kampf gegen Udrzal und ihre sonstigen Minister zusammenstehen, sondern daß Stanek, der Fraktionsführer im Abgeordnetenhaus, auf den Kollegen Donat noch fürchterlich erboht sein soll, weil Stanek erst jetzt einfiel, was für einen Tanz er in derselben Angelegenheit im Abgeordnetenhaus hätte aufzuführen können. Daß ihm diese Gelegenheit entgangen ist — im Parlament hätte das natürlich nicht ohne weitere Folgen bleiben können —, soll Herrn Stanek am meisten schmerzen.

Für die weiteren parlamentarischen Verhandlungen über die Sporkommission und die Krisenbeiträge für Arbeitslosenzwecke sowie bezüglich einer weiteren Verlängerung der Sessionsdauer vor den Ferien, eröffnen sich dadurch allerdings keine besonders günstigen Aussichten.

Bei den kritischen Abstimmungen besand sich die agrarische Fraktion in völligem Gegensatz zur gesamten Regierung, aber auch zu den gestrigen Beschlüssen ihrer Parteileitung, in denen nicht mit einem Wort die Rede davon war, daß die Abstimmung über die Steuervorlagen Gegenstand irgend eines Junktims sein könne. Deshalb hatte auch so ziemlich die gesamte Presse gestern abends die Situation als entspannt angesehen.

Heute früh war die Situation im Senat aber gänzlich geändert. Herr Donat legte seine Fraktion erneut darauf fest, die Abstimmung künstlich solange hinauszuschieben, bis ihre bekannten Forderungen bis aufs letzte i-Tüpfel erfüllt seien. Dann kam aber noch als retardierendes Element der Ministerpräsident Udrzal hinzu, der den Senatspräsidenten früh telephonisch ersuchte, die weiteren Verhandlungen auf einige Tage zu verschieben, da er einen Konflikt mit einem Ministerkollegen habe, zu dessen Austragung er Zeit brauche. Der Senatspräsident machte in einer Sitzung der koalitierten Parteien von diesem plötzlichen Wunsch des Ministerpräsidenten Mitteilung.

Wie sich herausstellte, war dem Ministerpräsidenten von einem Parteifreund in enstelter Form eine Neukerung hintertragen worden, die ein tschechischer Sozialdemokrat schon vor einigen Tagen bezüglich einer eventuellen Demission im Zusammenhang mit der Person Udrzals gemacht haben soll.

In der Koalitionssitzung vertrat die Sprecher der tschechischen und deutschen Sozialdemokraten ganz entschieden den Standpunkt, daß ein persönlicher Konflikt zweier Minister, der sich überdies bald als sehr harmlos herausstellte, kein Grund sein dürfe, um die Abstimmung der Vorlagen nach all dem, was vorangegangen war, erneut hinauszuschieben. Sie erklärten erneut mit allem Nachdruck, daß sie eine weitere Verzögerung nicht zulassen können und darauf beharren müssen, daß heute programmgemäß die Abstimmung über die Vorlagen vorgenommen wird.

Inzwischen kam die telephonische Mitteilung, daß der angebliche Konflikt in einer persönlichen Aussprache sehr rasch beigelegt worden sei. Der Vorsitzende Donat schloß daraufhin sehr eilig die Beratung mit dem Hinweis darauf, daß damit die Notwendigkeit weiterer Verhandlungen entfallt. Auf weitere Anfragen, was denn mit den angekündigten agrarischen Obstruktionsrednern sei, gab er nur eine ausweichende Antwort, daß dies nichts zu bedeuten habe. Damit schien die Lage wieder entspannt.

Mißglückte Obstruktion.

Sofort kam aber wieder ein neuer Vorstoß der Agrarier, der die Situation auf die Spitze trieb. Trotzdem noch vier Redner aus beiden agrarischen Lagern angemeldet waren, meldeten sie plötzlich auf einen Rud noch weitere sechs Redner an. Das war natürlich nichts anders, als eine aufgelegte Obstruktion, der jeder sachliche Hintergrund fehlte.

Erst nach der Abstimmung, als den Herren die Größe ihrer Niederlage zu Bewußtsein kam, verbreiteten sie in den Couloirs die Meldung, sie hätten lediglich beabsichtigt, inzwischen noch eine Erklärung des Landwirtschaftsministers Bradac über die Einfuhrhindernisse herbeizuführen, und hätten dann auf Grund dieser Zusicherungen jede weitere Gegenwehr aufgegeben.

Demgegenüber steht die Tatsache fest, daß die Herrschaften von dieser Absicht, falls sie überhaupt bestanden hat, keine der anderen Koalitionsparteien rechtzeitig verständigt haben, ob schon sie wissen mußten, daß die Anmeldung sechs weiterer Obstruktionsredner auf die übrigen Koalitionsparteien als aufgelegte Provokation wirken mußte.

Damit war die Geduld der übrigen Koalitionsparteien jedoch restlos erschöpft. Selbst Minister Sramek, der in den Couloirs austauchte, billigte es jetzt, daß sich auch die Volkspartei dem radikalen Vorgehen der Sozialisten angeschlossen.

Nachdem der Landbündler Stöhr des Langen und Breiten herumgepoltert hatte, was er nur aus sich herausbrachte, gab der Volksparteiler Krejci eine kurze Erklärung ab, daß auch seine Partei mit Rücksicht auf die sonstigen finanziellen Folgen für die Steuervorlagen stimmen werde. Die Partei nehme Kenntnis von der verbindlichen Erklärung des Ministerpräsidenten und des Landwirtschaftsministers (in der gestrigen Koalitionssitzung), daß um die Sicherung der Ernte vorgejagt sei und daß dies in kürzester Zeit auch hinsichtlich der Vieh- und Milchproduktion der Fall sein werde.

Schluß der Debatte!

Jetzt hätte die lange Reihe der agrarischen Obstruktionsredner zu Worte kommen sollen. Die Senatoren Filipinsky (Soz. Dem.), Dr. Klouda (Nat. Soz.) und Dr. Karas (Volksp.) stellten jedoch den An-

trag auf Schluß der Debatte, der wie eine Bombe einschlug.

Da die Agrarier vorher ihre neuerlichen Wortmeldungen den übrigen Koalitionsparteien nicht gemeldet hatten, wurden sie jetzt auch nicht besonders vorher verständigt.

Der Vorsitzende Dr. Soukup ließ — streng nach der Geschäftsordnung — sofort über den Antrag abstimmen, der gegen die Opposition und ein paar zufällig anwesende Agrarier die Mehrheit fand.

Nun war von den vorgemerkten Rednern noch ein Generalredner zu wählen. Die inzwischen herbeigelegten Agrarier, deutsche wie tschechische, steckten eine Weile ziemlich verdutzt die Köpfe zusammen und konzipierten eine Erklärung, die dann Senator Sablik unter der gespanntesten Aufmerksamkeit des Hauses und der Journalistentribüne für beide Fraktionen vortrug.

Sie seien von diesem Vorgehen übertrastet; von dem Antrag auf Schluß der Debatte hätten sie vorher nichts gewußt. Angeblich hätten sie die Absicht gehabt und dies auch erklärt, für beide Vorlagen zu stimmen, wie sie ja immer alle Bedürfnisse des Staates voll anerkannt hätten, aber durch dieses Vorgehen seien sie dazu gezwungen, nicht für die Vorlagen stimmen zu können.

Gegen die Agrarier angenommen.

Jetzt wäre den Agrariern immer noch die Möglichkeit offen gestanden, sich von der Abstimmung zu abentieren. Sie blieben aber, trotzig wie die kleinen Kinder, sitzen und stimmten bei der folgenden Abstimmung geschlossen gegen die beiden Steuervorlagen. Da jedoch die normalen Oppositionsparteien nur sehr schwach vertreten waren, ergab sich trotzdem eine große Mehrheit für die beiden Steuervorlagen, für die alle anderen fünf Koalitionsparteien in fast voller Stärke stimmten.

Durch den Senat ging fast ein hörbares Aufatmen, daß endlich einmal den sonstgeheften agrarischen Terrorversuchen ein Damm geboten war.

Währungsschutz erledigt.

Programmgemäß wurde dann auch noch der nächste Punkt der Tagesordnung, die Novelle zum Gesetz über den Währungsschutz, nach kurzer Debatte erledigt, wobei die Agrarier, als ob nichts geschehen wäre, für die Vorlage stimmten.

In der zweiten Lesung der Steuerzulage stimmten die Agrarier für eine Resolution Donat, in der die Regierung aufgefordert wird, für die Sicherung angemessener und rentabler Preise für Getreide und Vieh zu sorgen und zu diesem Zwecke nicht nur eine Regulierung der Einfuhr dieser Waren anzustreben, sondern auch den zuständigen Korporationen die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, um den ersten Anbruch dieser Waren, namentlich des Getreides in den ersten Wochen nach der Ernte auf den Märkten aufzufangen und zu demselben Zweck weitere finanzielle Mittel zu billigem Zinsfuß zu beschaffen. Diese Resolution wurde angenommen.

Endlich wurde noch dem Abgeordnetenhaus die Frist zur Verhandlung der Bergesetznovelle um zwei Monate verlängert.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

All diese Ereignisse wurden natürlich in den Wandelgängen des Senates lebhaft diskutiert. Es flogen sofort allerhand Gerüchte auf, die von einer Fahrt Udrzals nach Lana zum Präsidenten, von einer angebotenen, aber nicht angenommenen Demission Udrzals usw. wissen wollten. Tatsache ist lediglich, daß sofort nach diesen Ereignissen ein außerordentlicher Ministerrat einberufen wurde, der aus der Angelegenheit aber keine Konsequenzen zog.

(Schluß auf Seite 2)

Gestern hat sich im Senat der in der Geschichte des tschechoslowakischen Parlamentes noch nicht dagewesene Fall ereignet, daß die Parteien der Regierungskoalition in offener Senatsitzung gegeneinander stimmten. Das ist aber noch nicht alles. Das noch weit Unerhörtere ist, daß die zwei Koalitionsparteien, tschechische und deutsche Agrarier, welche bei dieser Abstimmung an die Seite der Opposition traten, gegen Vorlagen stimmten, die von allen als unbedingte „Staatsnotwendigkeiten“ angesehen werden, daß diese Vorlagen von der Gesamtregierung eingebracht, im Abgeordnetenhaus auch mit den Stimmen dieser beiden Parteien angenommen und die vorher im Ministerrat einstimmig, also auch von den Ministern der betreffenden zwei Parteien, genehmigt worden waren. Die agrarischen Parteien werden es gewiß nicht an Versuchen fehlen lassen, glauben zu machen, daß sie zu ihrem Vorgehen, das ist zur Verweigerung ihrer Zustimmung zu den Regierungsvorlagen, durch die anderen Parteien „gedrängt“ wurden, aber die Vorgänge, die wir noch an anderer Stelle besprechen, sind so eindeutig, daß sie alle Verschönigungsversuche unmöglich machen und dartun, daß es den Agrariern um nichts anderes zu tun war, als um einen ihrer ihnen nun schon zur Gewohnheit gewordenen Erpressungsversuche, der diesmal allerdings an dem geschlossenen Widerstande aller übrigen Regierungsparteien gescheitert ist und den Erpressern eine Niederlage von geradezu monumentaler Größe eingetragen hat.

Es ist wahrhaftig nicht das erstemal, daß die tschechischen Agrarier, welche diesmal auch die unbedingte Gefolgschaft der Landbündler fanden, den anderen Parteien den Revolver an die Brust setzten und als Preis für ihre Zustimmung zu gewissen Vorlagen Konzessionen für sich herauszupressen versucht haben. Längst schon haben alle nichtagrarischen Parteien diese unfairen und vom rücksichtslosesten Parteigoismus diktierten Methoden satt, aber was sich die agrarischen Herren diesmal glaubten sich leisten zu dürfen, das übersteigt alles Dagewesene und mußte die mit Spannungen geladene Atmosphäre zur Entladung bringen, denn hätten die anderen Koalitionsparteien auch noch diese Zumutung hingenommen, dann wäre in der Regierungskoalition ein Prinzip zum Durchbruch gelangt, das Treue und Glauben vollständig ausschließt, das den Abschluß von Vereinbarungen innerhalb der Koalition zur Unmöglichkeit gemacht und jeder einzelnen der in ihr vertretenen sieben Parteien das Recht gegeben hätte, in jedem ihr geeignet erscheinenden Momente getroffene Vereinbarungen unzustossen, ein Feuerchen anzuzünden und sich darauf ihre Extrawürste zu braten. Gegen diese illoyale Methode hat sich gestern im Senate erfreulicherweise Widerstand erhoben und alle nichtagrarischen Parteien waren sich darin einig, daß es, soll die Koalition weiter bestehen bleiben und sie überhaupt einen Sinn haben, so nicht weiter geht und nicht gehen darf.

Zur Verhandlung im Senate standen die beiden Steuergesetze und das Währungsschutzgesetz. Niemand wird so einfältig sein, zu behaupten, daß es eine Partei gibt, die an der Gesetzgebung dieser Vorlagen ein besonderes Parteiinteresse hat. Dafür zu stimmen bedeutet für alle Regierungsparteien die Erfüllung einer schweren Pflicht gegenüber der Gesamtheit der Bevölkerung, die daran interessiert ist, daß durch Erschließung neuer Steuerquellen die dem Staate in dieser Notzeit notwendigen Mittel zur Bestreitung der ihm neu erwachsenen Aufgaben zur Verfügung gestellt werden und sie selber vor den verhängnisvollen Folgen einer Erschütterung der Währung bewahrt bleibe. Wenn jemand sich mit dem Schicksal dieser Vorlagen mora-

„Wir haben Hunger!“

Weimarer Oberbürgermeister von Arbeitslosen angegriffen.

Weimar, 15. Juli. Als heute vormittags die Wohlfahrtsverbändeunterstützung zum erstenmal gekürzt ausbezahlt wurde, kam es zu Unruhen. Mehrere hundert Arbeitslose zogen mit den Rufen: „Wir haben Hunger!“ zum Rathaus und dann zur Wohnung des Weimarer Oberbürgermeisters Dr. Mueller, der von der Menge täglich angegriffen wurde. Schutzpolizei trieb die Demonstranten auseinander.

lich verbunden fühlen und für ihre Gesekwerdung mit leidenschaftlichem Eifer eintreten müßte, so wären dies jene Parteien, die sich sonst gerne und mit Emphase als „staats-erhaltend“ ausgeben, einander in „staats-erhaltender“ Gesinnung überbieten, bei welcher Konkurrenz gerade die tschechischen Agrarier den Reford zu schlagen suchen. Was aber taten sie? Am Mittwoch kamen ihre Vertreter im Koalitionsausschuß des Senats, zu einem Zeitpunkte, da die vom Abgeordnetenhaus bereits verabschiedeten Steuer Gesetze im Plenum des Senates zur Verhandlung standen, mit dem Verlangen nach Vertagung der Vorlagen bis nach Erfüllung einiger von ihnen gestellter Forderungen, wobei sie die wenig verhüllte Drohung verklaute ließen, sonst gegen die Vorlagen stimmen zu müssen. Auf das entschiedenste sprachen sich die Vertreter der sozialistischen Parteien gegen ein Junktim zwischen diesen Forderungen und den Steuer- vorlagen aus. Am Mittwoch abends schien es, daß der Ausbruch eines offenen Konfliktes vermieden werden könne, denn im agrarischen Klub hatte die hinter den agrarischen Ministern stehende Richtung den Sieg davongetragen und dem agrarischen Senatsklub die Verpflichtung aufertragen, für die Vorlagen zu stimmen, doch gestern vormittag legte sich die im Senate besonders stark vertretene Fronde der tschechischen Agrarpartei mit neuen Intrigen und einer neuen Aktion zur Verhinderung der beiden Regierungsvorlagen ein. Was da inszeniert wurde, ist von einer Obstruktion nicht mehr zu unterscheiden. In die schon ihrem Ende entgegengehende Debatte wurden neue sechs Redner hineingeworfen und als der Vortrat zu Ende zu gehen drohte, nochmals sechs neue Redner angemeldet. Dies nachdem vorher schon ein Versuch, unter einem nichtigen Vorwand die Vertagung der weiteren Verhandlung der beiden Vorlagen zu erlitten, Nüchling ge scheitert war. Einem solchen nichts- nützigen Spiel konnten die anderen Koalitionsparteien nicht länger zusehen und sie alle waren es, die nun den Antrag auf Schluß der Debatte einbrachten. Höchste Bestürzung bei den Agrariern, als dieser Antrag vom Hause mit großer Mehrheit angenommen wurde, leben sie doch seit jeher in dem Wahne, daß im Parlamente nur das zur Annahme gelangen kann, was sie gnädigst erlauben. In ihrer Bestürzung griffen sie zur Taktik bestrakter Kinder, sie stellten sich in den Schmolzwinkel und ließen durch ihren Generalredner erklären, daß sie wegen dieser Abstimmung nun auch gegen die beiden Regierungsvorlagen stimmen würden, welche Trohpolitik sie dann in der ersten Lesung auch auf das Währungs- schutzgesetz ausdehnten. Es war ein Anblick für Götter, die beiden Agrarparteien an der Seite der Kommunisten gegen die Vorlagen stimmen zu sehen, deren „Staatsnotwendigkeit“ auch sie nicht zu bestreiten unternehmen werden.

Was sich gestern im Senate zugetragen hat, es ist aus den verwahrlosten Verhältnissen in der tschechischen Agrarpartei heraus erwachsen. Diese Verhältnisse sind so verfahren, daß sie die Partei nachgerade verhandlungs- und vertragsunfähig machen, denn jede Bündnisfähigkeit muß aufhören, wenn in einer Partei eine Richtung gegen die andere nicht nur ständig intrigiert, sondern es sogar bis zur Auflehnung gegen die eigenen Minister in offener Parlaments Sitzung treibt. Das ist das Wesen des Konflikts: die Rebellion der scharfmacherischen Elemente gegen die Minister der Partei! Bei der Rücksichtslosigkeit, mit der diese Kämpfe im tschechischagrarischen Lager geführt werden, haben die Frondeure die eigene Partei in eine Lage hineinmanövriert, die alles eher als rühmlich genannt werden muß. Wenn es ihnen darum zu tun gewesen wäre, ihre Partei zu isolieren, den Unmut aller anderen Parteien aufs äußerste zu steigern und den Beweis zu erbringen, daß es unter Umständen auch ohne die Herren Agrarier gehen kann, so hätten sie nicht anders handeln können, als sie es getan haben. Zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, ist noch nicht bekannt, ob die Vorgänge im Senat zu politischen Weiterungen führen werden. In anderen Ländern wären sie wohl kaum zu vermeiden.

(Schluß von Seite 1)

Abgeordnetenhaus nächsten Donnerstag.

Das Präsidium des Abgeordnetenhauses beschloß am Nachmittag, die nächste Plenarsitzung für Donnerstag, den 21. Juli einzuberufen. Auf der Tagesordnung stehen die Spar- kommission und der Krisenbeitrag, die vorher freilich noch erst von den Ausschüssen zu verabschieden sind. Genosse Taub hat beim Vorsitzenden des sozialpolitischen Ausschusses bereits Schritte eingeleitet, damit der Ausschuß zur abschließenden Beratung des Krisenbeitrages in den ersten Tagen der nächsten Woche zusammentrete.

Keine politischen Konsequenzen!

Wie wir erfahren, hat der Ministerrat aus der Haltung der agrarischen Senatsfraktionen keine wie immer gearteten Konsequenzen gezogen. Die ganze Angelegenheit stellt somit eine der vielen agrarischen Palastrevolutionen dar, die sich die Herrschaften untereinander ausmachen sollen. Wenn sich Herr Donat und Konsorten um jeden Preis vor der gesamten Öffentlichkeit des Staates blamieren wollen, haben wir gegen diese läbliche Absicht nichts einzuwenden. Ein zweitesmal werden die Herrschaften ange sichts der Einheitsfront aller übrigen Koalitionsparteien, die ihnen diesmal gegenüberstand, vielleicht doch ein bißchen vorsichtiger werden!

Einigung über Getreidesyndikat.

Der Ministerrat hat sich, wie wir erfahren, grundsätzlich über das Getreidesyndikat geeinigt. Der amtliche Bericht meldet hiezu:

Deutschland und die Amerika- Schulden.

„Nicht in eine Einheitsfront der Gläubigermächte einspannen lassen.“

Berlin, 15. Juli. (Wolff.) Angesichts der widerspruchsvollen Auslegung, die das „Gentlemen's agreement“ der Gläubigermächte und seine Tragweite für Deutschland noch immer in einem Teil der Presse findet, wird von zuständiger Stelle erneut mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß für Deutschland lediglich die Abmachungen bindend sind, an denen es beteiligt ist, die deutsche Delegation in Lausanne hat von Anfang an sich den Bemühungen, die insbesondere von den Franzosen ausgingen, widersetzt, eine Verbindung zwischen der Reparationsfrage und der Frage der interalliierten Schulden an Amerika herzustellen und alle Versuche, den Lausanner Pakt von der Regelung der Schuldentilgung an Amerika abhängig zu machen, kategorisch abgelehnt. Wahgebend für die Haltung war, wie nur immer wieder betont werden kann, daß Deutschland die Schuldenfrage nicht angeht und daß sich Deutschland nicht in eine Einheitsfront der Gläubigermächte gegen Amerika einspannen lassen wird.

Als dann am 8. Juli der deutschen Delegation die Erklärung der fünf Gläubigermächte mitgeteilt wurde, daß der zahlungslose Zeitraum, der zu Beginn der Konferenz erklärt worden ist, so lange bestehen bleiben soll, bis die Frage der Ratifizierung geregelt sein wird, und daß für den Fall der Nichtratifizierung der alte Zustand wiederhergestellt sein solle, hat Deutschland sofort gegen die Idee, dann wieder den Mechanismus des Young-Planes in Kraft treten zu lassen, Stellung genommen. Zur Klärung dieser Frage erfolgte die deutsche Anfrage an den Präsidenten der Konferenz, Macdonald, der damals die bekannte Erklärung abgab, daß im Falle der Nichtratifizierung eine neue Lage geschaffen sei und eine neue Konferenz stattfinden müsse.

Das bedeutet, wie in hiesigen unterrichteten Kreisen betont wird, keinesfalls eine Wiederherstellung des Young-Mechanismus. Durch diese Erklärung Macdonalds ist lediglich festgestellt, daß im Falle der Nichtratifizierung die Situation vor Beginn des Hoover- Jahres den Ausgangspunkt für neue Verhandlungen bilden wird, die der Beseitigung des existierenden Vacuums zu dienen hätten.

Simon über die englisch-französische Vereinbarung.

Genf, 15. Juli. Der Völkerbundrat trat heute nachmittags zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, um zu der Frage der Enderhebung einer Weltwirtschaftskonferenz und der finanziellen Hilfe für Oesterreich Stellung zu nehmen. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung gab der englische Außenminister Sir John Simon eine Erklärung über die englisch-französische Vereinbarung ab. Er gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß Italien und Belgien der Einladung zum Beitritt bereits gefolgt seien und betonte, daß die Einladung sich nicht etwa auf die Lausanner einladenden Mächte beschränkte, sondern auch für andere Staaten gelte. Simon erklärte, er sei überzeugt, daß die von Großbritannien inaugurierte Methode der Zusammenarbeit zu einer Stärkung des Völkerbundes führen werde und insbesondere auch zu einer

Auf Grund des Berichtes von der Sitzung des Komitees der Wirtschafts- und politischen Minister wurden dringende Wirtschafts- und Finanzfragen beraten. U. a. beschloß der Ministerrat Maßnahmen zur Errichtung von Organisationen der Importeure und Exporteure auf dem Gebiete der vegetarischen und animalischen Produktion.

Ein Entwurf für das Viehsyndikat ist in Vorbereitung. Es soll versucht werden, es eventuell noch vor dem Herbst zu verwirklichen. Zu den für das Syndikat in Betracht kommenden Warengruppen sollen gewisse Zuschläge eingehoben werden, die zum Teil als Basis für die Landwirtschaftskredite dienen sollen, die man im Herbst in Verhandlung ziehen wird.

Weitere Gelder für produktive Fürsorge.

Weiters befaßte sich der Ministerrat auch mit der Aufbringung weiterer Mittel für die produktive Arbeitslosenfürsorge. Es wurde beschlossen, einen Betrag von zehn Millionen Kronen für diese Zwecke sofort flüssig zu machen; weitere dreißig Millionen werden später aus dem Ertragnis der Krisenbeiträge freige- macht werden.

Hilfe für die Gewerkschaften.

Endlich hat sich die Regierung ausführlich mit den Maßnahmen beschäftigt, die zur Entschädigung der Gewerkschaften für jene Schäden getroffen werden sollen, die ihnen aus ihrer ganz außerordentlichen Inanspruchnahme durch das Genfer System entstehen. U. a. wird ein bereits beschlossener Betrag von zehn Millionen als Aus- hilfe für die Gewerkschaften sofort ausbezahlt werden.

Verteilung der Arbeiten der europäischen Studentenkommision, deren Begründung Briand sicher- lich als einen neuen Schritt zu einer europäischen Zusammenarbeit begrüßt haben würde. Der Vertreter Frankreichs Magillig erklärte, daß er sich den Erklärungen des englischen Außenminis- ters voll und ganz anschließe. Der Rat trat so- dann in seine Beratungen ein.

Weiter Zeitungsverbote.

Magdeburg, 15. Juli. Der Oberpräsi- dent der Provinz Sachsen hat das „Neue Magdeburger Tageblatt“ und die im gleichen Verlag erscheinenden Kopfsblätter auf die Dauer von sieben Tagen verboten.

Otto Bauer über Lausanne und Oesterreich.

Anschluß auf lange Zeit unmöglich gemacht.

Wien, 15. Juli. (M.) Bei der Beratung des Nachtragsbudgets im Finanzausschuß des Nationalrates kam Abgeordneter Dr. Bauer (Sozialdemokrat) auf die Anleiheverhandlungen in Lausanne zu sprechen. Er verwies auf die Zeitungsmedlungen über die angeblichen Aufhe- rungen des französischen Ministerpräsidenten Herriot, wonach Oesterreich für 20 Jahre freiwillig auf den Anschluß verzichtet habe, sowie auf die Nachrichten, daß im Lausanner Anleiheprotokoll eine Erstreckung der Bindungen des Genfer Protokolls vom Jahre 1922 auf die Anleihebauer, also bis 1952 ausgesprochen worden sei.

Die Öffentlichkeit sei darüber leb- haft beunruhigt, da dadurch nicht nur der politische Anschluß, sondern auch jede engere wirtschaftliche Ver- bindung mit Deutschland auf so lange Zeit unmöglich gemacht sei.

Die deutsche Regierung habe eine zwei- deutige Haltung eingenommen, indem sie einerseits ihre Unterschrift unter das Protokoll verweigerte, andererseits aber im Völkerbundrate keinen Einspruch erhoben hat. Diese Haltung zu kritisieren, sei Sache der deutschen Öffentlichkeit. Die Verantwortung der österrei- chischen Regierung werde dadurch aber nicht verringert und deshalb sei eine sofortige Aufklärung notwendig. Auch der Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen mit Ungarn erwecke den Verdacht, daß wieder einmal große Interessen des Landes einem einseitigen agrarischen Kurs geopfert worden sind. Es sei dringend zu wün- schen, daß dieser Politik im Interesse der öster- reichischen Industrie sobald als möglich liquidiert werde.

Bundeskanzler Dr. Dollfuß ant- wortete: Vor Behandlung der Anleiheangelegen- heiten könne er im Völkerbundrate den Text des Anleihevertrages nicht veröffentlichen, da dies dem diplomatischen Gebrauch widersprechen würde. Zu der angeblichen Erklärung des fran- zösischen Ministerpräsidenten Herriot werde er sich äußern, sobald authentische Nachrichten vor- liegen, denn bisher sei man nur auf wider- sprechende Zeitungsnachrichten angewiesen. Ueber das Protokoll könnte er derzeit nur in einer ver- traulichen Sitzung Mitteilungen machen.

Hg. Bauer erklärte, in dieser Angelegen- heit könnten vertrauliche Mitteilungen nicht ge- nügen, sondern die ganze Angelegenheit müsse sobald als möglich öffentlich geklärt werden. Schließlich antwortete Bundeskanzler Doll- fuß dahin, daß er in der nächsten Sitzung des Ausschusses eine Antwort erteilen werde.

„Endgiltige Loslösung der Mandchurei!“

Japan gibt nicht nach! London, 15. Juli. „Times“ meldet aus Tokio: Die Völkerbundkommission hat heute gestern eine abschließende Besprechung mit dem japanischen Außenminister Graf Ushida. Sie wird jetzt unverzüglich nach China zurückkehren, da sie zur Abfassung ihres Berichtes die Pol- schaftsakademie in Peking benötigt. Eine amtliche Mitteilung ist zwar nicht herausgegeben wor- den, es verlautet aber, daß der japanische Außen- minister der Kommission klargestellt hat, daß die japanische Politik sich auf die endgiltige Loslösung der Mandchurei von China und ihre Unabhängigkeit festgelegt hat und diese Politik nicht aufgeben wird, was auch immer die Kommission dem Völker- bunde vorschlagen mag.

Hoover über Lausanne.

Paris, 15. Juli. Die Agence Havas meldet aus Washington: Präsident Hoover sandte an den Vorsitzenden des Außenausschusses des Senats Borah ein offenes Schreiben, in welchem er seine Ansicht über die Abmachungen in Lausanne dar- legt. Das amerikanische Volk, schreibt Hoover, begrüßt mit Freuden, daß die rein europäischen und die mit ihnen zusammenhängenden übrigen politischen und Wirtschaftsfragen, die einer Er- holdung Europas im Wege standen, geregelt wor- den sind. Dieses Ergebnis, dem sich, wie ich hoffe, schreibt Hoover, weitere tatsächliche Erfolge in der Abrüstungsfrage anschließen werden, wird erheblich zur Vereinfachung der Weltverhältnisse beitragen. Ich will jedoch ausdrücklich und klipp und klar feststellen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten über das kürzlich in Lausanne geschlossene Abkommen nicht be- fragt wurde, daß sie an keiner der europäischen Lösungen Anteil hat und nach keiner Seite hin gebunden ist. Wenn auch kein Grund besteht, daß irgendeine der Lausanner Abmachungen ein gemeinsames Vorgehen unserer Schutzb- ronen Amerika gegenüber zum Zwecke hat, so könnte nichtsdestoweniger eine solche Auslegung zuge- lassen werden. In einem solchen Fall würde ich nicht zugeben, daß auf das amerikanische Volk ein Druck zwecks Änderung in dem Vorgehen in der Schuldenfrage oder ein Druck auf unsere Politik ausgeübt werde.

Ein Zentrum-Telegramm an Hindenburg.

Berlin, 15. Juli. Die Deutsche Zentrumspartei hat an den Reichspräsidenten ein Tele- gramm gesandt, in dem sie scharfen Protest gegen einen Artikel des nationalsozialistischen „An- griff“ einlegt. Der „Angriff“, heißt es in dem Telegramm, hat berichtet, daß ein katholis- cher Kaplan in Bernau sich geweigert habe, einem katholischen Mann die kirchliche Beerdigung zu ge- währen und forderte, daß man dem Mann noch im Sarge das Brautkleid ausziehen solle. Diese Darstellung des Sachverhaltes widerspricht der Wahrheit; die Umkleidung des Verstorbenen ist nicht gefordert worden. Dieser Vorfall wird in völlig ungerechtfertigter Weise mit parteipoli- tischen Beweggründen in Verbindung gebracht. Das durch die bischöflichen Weisungen vorge- schriebene Verhalten des katholischen Priesters wird vom „Angriff“ als eine derartige Ver- rohung der Gesinnung, die man auf der ganzen Welt eben nur bei Verbrechern, Mord- brennern, Bolschewisten, Mördern und Zentrumskleuten findet, hingestellt. Der „Angriff“ fordert die sofortige Verhaftung des katholischen Kaplans.

Wegen eines Verbrechens gegen das deutsche Volk, wegen ungeheurer Beschimpfung der katholischen Kirche und ihrer Priester durch die Nationalsozialisten erheben wir allerhöchsten Protest. In der Verleumdung der Zentrumspartei erblicken wir eine Verleumdung auch ihrer Person, da Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, mit den Stimmen der Zen- trumspartei gewählt sind. Wir fordern, daß dieser schrankenlosen und verrohenden Auswüchsen und Methoden des Wahl- komplexes ein Ende gesetzt wird.

Der Kerkl fordert Belagerungs- zustand!

Rassel, 15. Juli. Der Präsident des preußischen Landtages, Kerkl, sagte in einer nationalsozialistischen Wahlversammlung, daß er ein Schreiben an den Reichs- kanzler richten werde, um eine Ände- rung der Verhältnisse in Preußen herbeizuführen. Die Nationalsozialisten verlan- gen, daß der Staat oder wenn dieser Staat nicht in der Lage sei, das Reich für geordnete Zu- stände sorgen möge und daß die Ordnung in Deutschland wieder hergestellt werde, sei es auch durch die Verkündung des Belagerungszustandes.

Dänemark gegen norwegische Grenzland- Okkupation.

Kopenhagen, 15. Juli. Minister Stau- ning hat gestern dem norwegischen Gesandten eine Note überreichen lassen, in der die von der norwegischen Regierung notifizierte Erklärung der Okkupation des Gebietes an der Sü- döstlichen Küste Grönlands als unberechtigter Uebergriff und als ein Bruch des geltenden Rechtszustandes bezeichnet wird.

Oesterreich-Anleihe beschlossen.

Stimm-Enthaltung Deutschlands, das aber beitragen wird.

Genf, 15. Juli. (Wolff.) Der Völkerbund hat heute nachmittag das Protokoll über die neue 300 Millionen Schilling-Anleihe für Oesterreich angenommen. Der deutsche Gesandte Göppert enthielt sich der Stimme. Er begründete seine Stimmhaltung mit folgender Erklärung: „Die zur Erörterung stehende Anleihe basiert auf dem Protokoll, das anlässlich der damaligen Völkerbundanleihe für Oesterreich, d. h. im Jahre 1922 vereinbart worden ist. Deutschland war zu jener Zeit nicht Mitglied des Völkerbundes und ist an den diesbezüglichen Verhandlungen in keiner Weise beteiligt gewesen.“ Die deutsche Regierung sieht sich nicht in der Lage, sich dem Protokoll ihrerseits anzuschließen. Der internationale Gerichtshof im Haag hat bekanntlich im vergangenen Jahre keineswegs zu einer einmütigen Auffassung über die Tragweite des Protokolls gelangen können. Davon abgesehen war die deutsche Regierung der Ansicht, daß eine finanzielle Hilfsaktion nicht mit politischen Bindungen irgend welcher Art verquidelt werden sollte. Aus diesen Gründen kann die deutsche Regierung dem vorliegenden Vertrage nicht beitreten. Um indes die hier in Rede stehende Anleiheaktion nicht zu stören, werde ich mich der Stimme enthalten. Die deutsche Regierung hofft übrigens zu der

finanziellen Sanierung Oesterreichs durch eine finanzielle Transaktion beitragen zu können.“

Tschechoslowakische Delegation wartet Regierungsentschließung ab.

Genf, 15. Juli. (Tsch. B. B.) Im Völkerbundrat wurde bei der Behandlung der österreichischen Anleihe auch davon gesprochen, daß sich Spanien, die Tschechoslowakei und Norwegen wahrscheinlich auch direkt an der Hilfsaktion für Oesterreich beteiligen werden. Siezu teilt der Genfer Berichterstatter des Sabasbüros mit, daß die tschechoslowakische Regierung, auf Grund der Informationen, die er von der tschechoslowakischen Delegation in Genf erhalten habe, auch die Möglichkeit prüfe, sich an der Hilfsaktion zugunsten Oesterreichs zu beteiligen und das Protokoll in absehbarer Zeit zu unterzeichnen. Nach unseren Informationen wurde auf eine Anfrage über eine tschechoslowakische Beteiligung an der Hilfsaktion für Oesterreich aus Kreisen der tschechoslowakischen Delegation vorläufig sehr zurückhaltende Antwort erteilt, weil über diese Angelegenheit natürlich zuerst von der tschechoslowakischen Regierung entschieden werden muß.

Heines wie Röhm.

Die homosexuellen Volkserneuerer.

Die W.-Korrespondenz berichtet: Im Jahre 1927 wurde Herr Heines, der bekannte Fremdenhater, aus der NSDAP entfernt. Nach außen hin wurde dieser Ausschluß des Heines getarnt mit dessen Verurteilung zu fünf Jahren Gefängnis wegen des (wie das Urteil des Stettiner Schwurgerichts vom 31. Mai 1927 sagte) „faltblütigen Abschachtens eines Unschuldigen“. In Wirklichkeit lagen für den Ausschluß des Heines folgende Gründe vor:

Heines hatte in jenen Jahren ein homosexuelles Verhältnis mit einem jungen Mann Willy Ott (Justizangestellter am Amtsgericht in München-An). Gleichzeitig war er „formell“ verlobt mit Gertrud D.—I. Diese doppelte orientierte Tätigkeit des Herrn Heines — der geschmacklos genug war, gleichzeitig mit beiden „Bräuten“ zusammen zu sein! — führte zu schwersten Differenzen, die sich zum Teil in der Öffentlichkeit der SA abspielten.

Gertrud D.—I war gezwungen, ihr Verlöbnis mit Heines zu lösen; sie führte Beschwerde bei Hitler wegen des würde- und schamlosen Benehmens des Heines. Hitler schrieb ihr höchstselbst, er „bedauere, daß Elemente à la Heines in der Bewegung seien; sie möge davon überzeugt sein, daß Heines zur gegebenen Zeit ausgeschiffet würde“.

Trotz dieser meisterhaften Regiekünste Hitlers fand der Fall hierdurch jedoch keinen Abschluß: Einige verantwortungsbewußte Nationalsozialisten (die inzwischen der NSDAP. vor Ekel den Rücken gekehrt haben) forderten von Hitler ultimativ und unter Androhung der Veröffentlichung, daß Heines, der die SA und die Hitlerjugend „verjaune“, aus der Partei verschwinde. Herr Hitler gab dem Drängen nach; nach außen hin und mit Rücksicht auf die Partei wurde der Ausschluß mit dem Stettiner Schwurgerichtsurteil motiviert.

Doch hiermit war Herr Heines nicht zufrieden, er drehte den Spieß um und drohte seinerseits mit Enthüllungen. Hitler war gezwungen, diesem Druck nachzugeben. Zwar konnte Heines in München nicht mehr präsentiert werden; indessen gestattete man ihm im fernen Breslau den zweiten Start.

Gemeinsame Schuld verbindet!

Sechs „Genossen“ Paul-Boncour's.

Paris, 15. Juli. (Eig. Draht.) Von den 131 Mitgliedern der sozialistischen Kammerfraktion haben, wie sich nach den Stimmentrichtungen herausgestellt hat, bei der Abstimmung über die Finanzvorlage vier für die Regierung gestimmt, und zwar Frot, Besnard-Ferron, Camboulires und Kamadier. Außerdem haben sich die Abgeordneten Barenne und Lebret der Stimme enthalten. Sämtliche sechs Abgeordnete sind persönliche Freunde Paul Boncour's. Von zwei Parteiverbänden liegen bereits Anträge auf Ausschluß der sechs Abgeordneten aus der Fraktion und der Partei vor. Die sozialistische Fraktion wird sich am Samstag mit dem Verhalten der sechs beschäftigten.

In einer Woche 30 Todesopfer der braunen Pest.

Berlin, 15. Juli. (Eigenbericht.) In der letzten Woche hat der Naziterror dreißig Todesopfer gefordert. Das hat auch den Reichsverband der katholischen Arbeiter und Angestellten veranlaßt, eine Depesche an den Reichspräsidenten zu richten, worin sehr energig die Wiedereinführung des Uniformverbotes und ein Demonstrationsverbot gefordert wird.

Von den verschiedenen Terrorakten des heutigen Tages sei der Ueberfall einer Horde auswärtiger SA-Leute auf eine Paradenkolonie in Mariendorf bei Hagen verzeichnet. Viele Bewohner wurden von den Revolverburtschen verletzt. In Henningsen bei Koblenz kam es gleichfalls zu blutigen Zusammenstößen und zahlreichen Verletzungen.

Notorische Lumpen als Nazi- und Heimwehrführer.

Wien, 15. Juli. Im niederösterreichischen Landtag kam es heute wieder zu schweren Zusammenstößen mit den Hakenkreuzlern. Die Sozialdemokraten verlasen einige Artikel der hakenkreuzlerischen „Deutschen Arbeiterpresse“ aus dem Jahre 1927, in denen gegen den derzeitigen nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Rentmeister die Beschuldigungen erhoben werden, daß er als Geschäftsführer einer Invalidentengenfenschaft in Klagenfurt einen großen Posten Militärvesten, die der Genossenschaft zur Verfügung gestellt waren, einer jüdischen Firma in Wien verkaufte und dafür eine große Provision bekam. Größere Geldbeträge einer Ortsgruppe und Eintrittskarten für ein Fest habe er nicht berechnet, sein Ehrenwort habe er gebrochen und unter der bewußten falschen Vorpiegelung, durch Terror seinen Posten verloren zu haben, habe er der Partei und einzelnen Parteigenossen Unterstützungen herausgelockt.

Der Anwalt Starhembergs — ein schwerer Betrüger.

Linz, 15. Juli. (Eigenbericht.) Vor dem Schöffengericht hatte sich heute der Advokat Dr. Reifelsbauer wegen Betrugs und Veruntreuung zu verantworten. Reifelsbauer ist einer der Gründer der oberösterreichischen Heimwehren und der Advokat aller oberösterreichischen Großgrundbesitzer, auch Starhembergs, den er durch Wechselkäufung um 100.000 Schillinge schädigte. Auch einen anderen Heimwehrführer und Gutsnachbarn Starhembergs habe er um einen Betrag von 130.000 Schilling betrogen. Er verantwortete sich dahin, daß er mit einem fortschreitenden Wachstum der Heimwehrbewegung gerechnet habe und so seine Schulden zu begleichen gehofft habe. Er wurde zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Es wird weiter geschossen und getötet!

Berlin, 15. Juli. Zusammenstöße zwischen Anhängern extremer Richtungen forderten in der vergangenen Nacht wiederum mehrere Opfer. Bei einer Schießerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten im Norden Berlins wurde ein keiner Partei angehöriger Bäder durch einen Bauhenschuß schwer verletzt. Zwei Polizeibeamte wurden durch Steinwürfe leicht verletzt.

In Schöneberg wurde ein Schloffer von Nationalsozialisten niedergestochen, er mußte im schwerverletzten Zustande in das Krankenhaus gebracht werden.

Hamburg, 15. Juli. Ein Straßenwagen der Polizei wurde in der vergangenen Nacht aus mehreren Häusern beschossen. Die Beamten erwiderten sofort das Feuer und nahmen eine Durchsuchung der in Frage kommenden Wohnungen vor. Die Bewohner waren geflüchtet.

Düsseldorf, 15. Juli. In Walsum wurde gestern abends ein Demonstrationszug der Nationalsozialisten von politischen Gegnern beschossen. Mehrere Zugsteine wurden verletzt.

Halle a. S., 15. Juli. Vor dem Gewerkschaftshause kam es heute abends zu einem schweren Handgemenge zwischen der Wache der Eisernen Front und etwa 70 Nationalsozialisten. Auf beiden Seiten gab es Verletzte. Die Polizei verhaftete mehrere Personen.

Wittenberg, 15. Juli. Bei einer Demonstration der kommunistischen „antifaschistischen Aktion“ griff die Polizei, die von der Menge angegriffen wurde, zur Schießwaffe. Ein Arbeiter erhielt einen Bauhenschuß und ein zweiter wurde ebenfalls schwer verletzt. Eine Frau erlitt vor Aufregung einen Herzschlag.

Abgeschlachtet!

Der von Nationalsozialisten erschossene Reichsbannermann Moeschel, ein Drucker des sozialdemokratischen Verlages in Trier, ist, wie die ärztliche Untersuchung und Zeugenaussagen ergeben haben, förmlich abgeschlachtet worden. Außer Schlagverletzungen hat er nicht weniger als fünf Schüsse erhalten. Als er bereits schwerverletzt am Boden lag, schoß eine der vertierten Unterweltbestien dem völlig Wehrlosen mit aufgesetzter Pistole noch in den Leib. Auch ein Halschuh muß aus nächster Nähe aus dem am Boden liegenden Moeschel abgefeuert worden sein. Als der Bruder Moeschels den Schwerverletzten in ein nahegelegenes Haus bringen wollte, versuchte man ihn mit Gewalt daran zu hindern. Man schlug und stach auf ihn ein, daß er erhebliche Verletzungen am Kopf davontrug.

Eine gewaltige Kundgebung der Berliner Sozialdemokratie.

Die Berliner Sozialdemokratie veranstaltete am Donnerstag einen Werbemarsch durch das vornehme Viertel Wilmersdorf. An den Marsch schloß sich eine riesige Kundgebung in den Tennishallen, an deren Eingang die stürmisch umjubelten Führer der Partei, unter ihnen Wels und Severing, den Vorbeimarsch abnahmen. Es mußte eine Parallelsammlung im Breitenpark stattfinden. In der Hauptversammlung sprachen Wels und Severing. An den Kundgebungen nahm auch ein größerer Trupp Kommunisten teil, ohne irgendwie zu stören. Kleinere Störungsversuche der Nazis beim Anmarsch wurden im Keime zerschlagen.

Ende des belgischen Bergarbeiterstreiks?

Brüssel, 15. Juli. Das Präsidium der belgischen sozialistischen Partei und der Gewerkschaftskommission beschloß in einer gemeinsamen Sitzung anzuerkennen, daß die streikenden Bergarbeiter im ganzen eine Befriedigung ihrer Forderungen erzielt haben. Die Bergarbeiter haben in einer außerordentlichen Versammlung gestern abends selbst auch diesen Beschluß bestätigt. Das Datum der Wiederaufnahme der Arbeit wird in der heutigen Sitzung des Präsidiums der sozialistischen Partei und der Gewerkschaftskommission festgesetzt werden.

Was sagen die Kommunisten zu Arosew?

Vergebens sucht man in den kommunistischen Blättern, welche sich seitenslang mit Bata beschäftigten, folgendes Telegramm:

„Rein tiefstes Beileid anlässlich des unerwarteten Verlustes Thomas Bata, eines der hervorragendsten Menschen Europas. Ich wünsche Ihnen meine Teilnahme an dem Verluste Ihres Gatten, mit dem ich des öfteren in nahen Beziehungen stand, persönlich ausdrücken zu können.“

Das Rätsel des kommunistischen Schweigens ist bald gelöst: Abseher dieses Telegramms, aus welchem unverhohlene Bewunderung des von den Kommunisten so bekämpften Bata spricht, ist kein Sozialfaschist, sondern Herr Arosew, der Vertreter der Sowjetunion in der Tschechoslowakei, ein Mann also, für den die Kommunisten schwerlich die Verantwortung ablehnen können.

Was veranlaßte Herrn Arosew zu seinen überschwenglichen Worten? Nichts. Bata hat keine Funktionen im Staat bekleidet, die den Vertreter eines anderen Staates verpflichten mußten, offiziell sein Beileid auszudrücken. Bata war alles eher als ein Freund Sowjetlands und er war einer der entschiedensten Gegner der organisierten Arbeiterschaft in der Tschechoslowakei. Daran scheint Arosew vollkommen vergessen zu haben, als er Bata ohne Einschränkung einen der hervorragendsten Menschen Europas nannte. Die Kommunisten finden das in Ordnung. Kommunisten dürfen alles tun, was bei Sozialdemokraten eine Todsünde wäre.

Wenn ein Unternehmer am helllichten Tag um 2 Uhr nachmittags, bei einem Gewerkschaftsführer vorfährt, um mit ihm zu verhandeln — so wie ja auch Kommunisten mit Unternehmern verhandeln — macht die kommunistische Presse eine Sensation daraus und beschmiert vier Spalten ihrer Blätter mit den gemeinsten Angriffen gegen den Vertrauensmann der Gewerkschaft. Wird die kommunistische Presse Herrn Arosew auch fragen, welcher Art seine „nahen Beziehungen“ zu Bata waren? Wird sie ihn auch beschuldigen, daß er in „nahen Beziehungen“ zu dem Manne stand, der die kommunistischen Organisationen zerrümmerte, der — wie sie noch vor wenigen Tagen schrieben — die kommunistische Propaganda über Binn konfiszierte, der den kommunistischen Senator Mikulisek in unzähligen Prozessen vor das Gericht brachte und der tausende Menschen um ihre Existenz brachte? Wird der „Vorwärts“ und die „Internationale“ Arosew vor das Gericht der Arbeiter rufen?

Oder werden die Kommunisten nach der alten Methode, die ihnen erlaubt, was den Sozialdemokraten verboten ist, Ausreden erfinden und mit Schipfanonaden antworten?

Ein Bürgerlicher für die SPD.

Helmut von Gerlachs Zeugnis für die Sozialdemokratie.

Der Berliner „Vorwärts“ veröffentlichte dieser Tage einen Leitartikel aus der Feder des bekannten reichsdeutschen bürgerlich-demokratischen Politikers und Publizisten Helmut von Gerlach, der darin als Wahlwerber für die SPD auftritt. Es dürfte auch hierzulande interessieren, was Gerlach über die Sozialdemokratie und was er über die Sozialdemokraten zu sagen hat.

Die Deutschdemokratische Partei, so schreibt Helmut v. Gerlach, verlor von Jahr zu Jahr an Charakter und an Wählern, die Staatspartei existiert als Wahlfaktor nicht mehr. Die bürgerlichen Demokraten sind politisch heimatlos geworden. „Dem bürgerlichen Demokraten, der die Linke stark machen will, bleibt nichts anderes übrig, als für die SPD zu stimmen. Das ist für ihn der einzige Weg, um den beiden Gefahren wirksam entgegenzutreten, die uns am stärksten bedrohen: dem Faschismus und der Militärdiktatur. Die Sozialdemokratie ist für die Demokratie. Darum schützt sie die Menschenrechte und die bürgerliche Freiheit einschließlich der Rechte aller Minderheiten. Darum findet in ihr die Adiante des Rassenwahns ihren zuverlässigen Widerfacher. Die Sozialdemokratie ist für Handelsfreiheit. Darum wird sie uns verteidigen gegen die Narren, die Autarkie fordern, damit unseren Außenhandel ruinieren und uns in Zollkriege nach allen Seiten verwickeln. Die Sozialdemokratie ist für internationale Verständigung. Darum schlägt sie Brücken zu unseren Nachbarn und beugt damit sicherer kommenden Kriegen vor, als es die stärkste Rüstung tun konnte. Die Sozialdemokratie ist Hüterin der Kultur, weil sie keine nationalfascistischen Schenkklappen trägt... Die Sozialdemokratie hat tiefsten Respekt vor der Wissenschaft und ihren Trägern, vor der Kunst und ihren Nügnern. Sie liebt ihr Vaterland, aber sie bekennt, daß kein Volk, auch das deutsche

nicht, sich über andere erheben dürfe. Ueber dem engeren Vaterland steht das weitere, die Menschheit. Es gibt Programmpunkte der Sozialdemokratie, gegen die ich Bedenken habe. Es gibt Aktionen der Sozialdemokratie, die ich nicht mitmachen konnte. Dennoch — als pazifistischer Demokrat kann ich nur in ihre einen Schutz gegen den dräuenden Ansturm der antidemokratischen und antipazifistischen Gewalten erblicken... Ein großer Teil des deutschen Volkes ist geistig aus den Fugen gegangen. Der „Felsen Petri“, das Zentrum, blieb unerschüttert. Aber auch gegen die SPD ist Hitler vergebens angerannt. Die Disziplin der sozialistischen Massen, die sie bei der Wahl des ihnen bestimmt wenig willkommenen Feldmarschalls bewiesen haben, hat die Bewunderung aller einsichtigen Leute der Welt erweckt. Auch auf diesen Felsen läßt sich bauen. Der Kampf um die Reichstagsmehrheit wird so schwer, daß er fast über die Kraft zu gehen scheint. Aber er muß durchgeföhrt werden, gläubig und entschlossen. Die Arbeitermassen sind dazu bereit. Wie aber steht es um die geistigen Führer der Nation, um die sogenannten Prominenten in Kunst und Literatur, in Wissenschaft und Wort? Sie gehören ihrer Weltanschauung nach zum sehr großen Teil dem Liberalismus oder der Demokratie im weitesten Sinne des Wortes an. Wollen sie durch Schweigen faschistischer Unkultur und militaristischer Brutalität den Weg bereiten? Es gibt keine organisierte bürgerliche Demokratie, es gibt keinen Liberalismus mehr, der mit Erfolg den Kampf um die politische Macht aufnehmen könnte. Darum muß, wer Demokratie und Liberalismus nicht preisgeben will, jetzt offen für die Linke eintreten. Die meisten geistigen Leuchten sind Mikodemus-Naturen. Aber vielleicht finden sich, angesichts der überwältigenden großen Gefahr des deutschen Faschismus, doch tapferere bürgerliche Männer und Frauen, die sich öffentlich zu der Pflicht bekennen, für die Sozialdemokratie ihre Stimmen abzugeben.“

Die Roman-Fortsetzung mußte heute wegen des Andranges an politischem Stoff wegbleiben.

Tagesneuigkeiten

Das Geschäft mit dem Toten.

Das journalistische Lobreden auf Bata und das Byzantinismus, den einist der journalistische Männerstolz vor wirklichen Königsthronen offenbarte. Man bereist sich, Bata, dessen Ausbeutungssystem von schlimmster Art ist, als sozialer Messias zu feiern und die tschechische Bürgerpresse hat ihn schon zum Nationalhelden und zum Repräsentanten der tschechoslowakischen Kultur hinaufgeholt.

Man kann eben auch den Tod zur Förderung des Geschäftes benötigen. Das hat die Bürgerpresse seit ihrem Bestand bewiesen und das kam auch zum Ausdruck in geschmacklosen Traueranzeigen, die zwar eine neue Note in die Reklame brachten, aber sich doch kaum anders ausnahmen, denn als deren Fortsetzung.

Nun wird das Privatleben Batas durchstöbert. Man bemüht sich, es in schönstem Lichte erscheinen zu lassen. Nicht ein Ausbeuter sei er gewesen, sondern nur ein Mitarbeiter unter vielen. Er habe auf Grund seiner Arbeiterlöhne wöchentlich nur ein Gehalt von 500 K bezogen, also fast wie ein Spartaner gelebt. Die Tatsache, daß er den Grug seiner Arbeiter nicht beamtete, erscheint dieser Lobepresse eine Kleinigkeit, die nicht des Erwähnens wert ist. Sinegen erzählt sie, daß er seiner Frau jede Woche Wirtschaftsgeld ausbezahlt hat und sogar im Klubhaus darauf achtete, daß ihm dieselbe Bedienung wie allen anderen Gästen zuteil werde.

Es muß allerdings aufmerksame Leser sehr peinlich berühren, daß den bürgerlichen Blättern das Verbrechen unterläuft, zugleich mit der Wiedergabe dieser Legenden über das Privatkonto Batas zu unterrichten. Sein Privatumsatz habe 1931 eine halbe Million betragen; für die Küche habe er 61.000 K ausgegeben, 250.000 K seien auf Spenden entfallen, gegen 9000 K habe er für sich selbst gebraucht, vom Rest habe dieser Spartaner das Dienstmädchen, den Portier in seiner Villa und die Erhaltung seiner Privatwohnung bezahlt.

Da stimmt nun etwas nicht, denn die 500 K wöchentlich haben doch kaum gereicht, ein Drittel dessen zu decken, was die Küche erforderte. Woher nahm der „Keine Angestellte“ Bata das Geld, um einen Privatumsatz von einer halben Million Kronen zu tätigen? Belam er für seine Aphorismen bezahlt oder hatte der Selbstlose doch die Kühnheit, außer seinem Wochenlohn noch das zu nehmen, was jedem Kapitalisten seine Angestellten verdienen?

Da stimmt etwas nicht? Ach es stimmt alles: Bata war ein Kapitalist und ein Ausbeuter. Aber je mehr man in Byzantinismus macht, um so größer wird die Wahrscheinlichkeit, daß die geschmeichelten Erben, sich für solche redaktionelle Werbung dankbar erweisend, den Infanterieanteil der bürgerlichen Presse bedienen.

Hunger und Ueberfluß.

Die Menschen haben sich längst an Meldungen über die Vernichtung von Lebensmitteln gewöhnt, obwohl sie in dieser Zeit des Klassenkampfes viel aufreizender wirken müßten, als zu irgend einer andern Zeit. Aber es ist in den letzten Jahren so viel Schreckliches an uns vorbeigegangen, daß man dem Irrsinn unserer Wirtschaft geradezu gleichgültig gegenübersteht. Das ist vor allem von der bürgerlichen Presse zu sagen, die über die fürchterlichsten Vorgänge in der Welt oft berichtet, ohne auch nur ein Wort des Kommentars dazu zu finden. So macht es auch das „Prager Tagblatt“, das am letzten Donnerstag von einem der größten brasilianischen Kaffee-Exporteure Hugo Orntlein, der gegenwärtig in Bad Gastein eine Kur macht, die Mitteilung übernimmt, daß in Brasilien neuerdings fünf Millionen Säcke Kaffee, das sind dreihundert Millionen Kilogramm, vernichtet worden sind, um den Preis für Kaffee auf einer den Exporteuren genehmen Höhe zu halten. Seelenruhig teilt das „Prager Tagblatt“ mit, daß diese ungeheure Masse des besten Kaffees in den Atlantischen Ozean geschüttet, zu Briketts gepreßt als Heizmaterial verwendet, oder zur Wasserzeugung benützt wurde. Am Schlusse dieser Meldung findet sich der für die bürgerliche Presse bezeichnende Satz: „Brasilien muß den Kampf ums Dasein in diesen Zeiten rücksichtslos kämpfen — wie die andern Staaten auch.“

Damit ist für eine Zeitung vom Schlage eines Prager Sondesblattes die Sache erledigt. Kein Wort über die Sinnlosigkeit dieser Methode, Profit zu erzielen, obwohl es besonders in diesem Staate selbstverständlich erscheint, bei einer solchen Meldung die Frage aufzuwerfen, ob denn wirklich in dieser Zeit das Interesse der Kaffee-Exporteure über jenes der Konsumenten zu stellen ist, ob denn mit diesen Wahnsinnsraten nicht der glatte Beweis erbracht sei, daß diese Gesellschaft an ihrer Spitze Schwerverbrecher habe, die große Werte vernichten, um sich zu bereichern, trotzdem die halbe Welt nach die-

Wie eine tschechendeutsche Bank mit ihren Angestellten umspringt!

Die Methoden der „Deutschen Landbank“.

„Der Bankbeamte“, das Verbandsorgan der Bank- und Sparassensbeamten, veröffentlichte in seiner Juni-Nummer einen Aufsatz, dessen wesentlicher Inhalt auch in der weiteren proletarischen Öffentlichkeit Interesse finden dürfte. Danach gehörte die Deutsche Landbank (Zentrale in Teischn) — wir halten uns auszusagenweise an den Wortlaut des „Bankbeamten“ — zu jenen Instituten, die man mit Fug und Recht als größte Ausbeuter bezeichnen kann. Die Angestellten haben keine Rechte, nichts als Pflichten und außerordentlich schlechte Bezüge, die weit hinter den Einkommen der Angestellten in Geldinstituten ähnlicher Kategorie zurückstehen. Schon vor Jahren wollte der Verband die Beamtenschaft dieses Instituts organisieren, was jedoch bei dem unglaublichen Druck, der in moralischer Beziehung auf die Beamtenschaft ausgeübt wird, keine so einfache Aufgabe war. Schwerer noch gestaltete sich der Versuch die Kollegenschaft zu einer Aktion zu bewegen, die ihnen zu einer Dienstpragmatik und damit zur Sicherung ihres Dienstverhältnisses verholfen hätte. Ebenso schwierig war der Versuch, die Kollegenschaft zu einer Lohnaktion zu bewegen. In dieser Richtung von uns eingeleitete Schritte hatten nach einiger Zeit zur Folge, daß die eingeschüchterte, um ihre Stellung stets besorgte Beamtenschaft den Beschluß faßte, daß bis auf weiteres jedwede Aktionsführung des Verbandes eingestellt werden möge.

Erst nach dem Krach der „Deutschen Volksbank“ in Leitmeritz ermächtigte die Angestellten der „Deutschen Landbank“, gedrängt durch die allgemeinen Gefahren, die seit Wochen und Monaten stündlich auf die Angestellten und Arbeiter aller Kategorien lauerten, die Organisation im Monate Jänner d. J. zur Führung von Verhandlungen wegen Einführung einer Dienstpragmatik.

Als Antwort auf die Ueberreichung der Forderungen durch den Verband im März d. J. ging die Bank zum Generalangriff über. Um aus ihren Beamten und Funktionären eine Gehaltsreduzierung herauszupressen, kündigte sie jeden der von der Kürzung betroffenen Beamten mit Schreiben vom 13. Mai l. J. Betroffen wurden von dieser Kündigung alle Beamten, deren Einkommen mehr als 1000 Kronen monatlich beträgt, von welchen man bei einem Monatseinkommen bis 1500 K 5 Prozent, bis 2000 K 10 Prozent und über 2000 K 15 Prozent als Gehaltsabstrich verlangte.

Diese Art von Gehaltskürzungen gehört zu den brutalsten und unerhörtesten unsozialen Arbeitsgebührenmethoden und stellte zweifellos — weil wieder von einer deutschen Bank und von deutschen Angestellten gesprochen wird — einen Schandfleck deutscher Unternehmerpolitik dar. Das den Beamten zugesagte Unrecht wird anshoulich, wenn wir ihre Bezüge einer Ueberprüfung unterziehen. Ein Filialleiter, über 40 Jahre, verheiratet, mit Familien

Werten ruhe und sie zu ihrer Erhaltung dringend braucht. Offenbar weiß man bei dieser Presse nicht — oder will es nicht wissen, — daß im Erz-, im Adler- und Riesengebirge in weiten Gebieten von Mähren und Schlesien, Hunderttausende seit Jahren keinen Kaffee mehr getrunken haben, sich mit Surrogaten begnügen müssen, mit dem sich die Wirtschaftsführer von heute nicht einmal den Mund spülen würden.

Jawohl! In einem haben sie recht; der Kampf ums Dasein muß rücksichtslos geführt werden, an diesen Worten müßten sich die Arbeiter ein Beispiel nehmen. Dann wird den andern der Mut zum Vernichten von Lebenswerten vergehen.

Das Unsagbare.

Das Buch des Herrn Jung, von dem wir erst vor kurzem feststellten, daß es den jüdischen Charakter der nationalsozialistischen Bewegung nachweist, enthält auch eine Abhandlung über den nationalsozialistischen Führergedanken. „Es muß Führer geben und Geführte. Freilich braucht derjenige, der sich Führer zu sein dünkt, es noch lange nicht zu sein, denn Führer können sich nicht selbst ernennen, sie können auch nicht ernannt werden, sondern die Wahl bestätigt nur die Tatsache ihres Vorhandenseins. Der richtige Führer ist geboren. Etwas Unsagbares strömt von ihm aus, gewinnt ihm die Herzen, schafft ihm das Vertrauen der Massen; sie fühlen den göttlichen Funken, der in ihm glimmt. Das innere Feuer, das ihn — unbekümmert um sein persönliches Wohlergehen — rastlos vorwärts treibt, springt auch auf sie über. Die folgen, weil sie folgen müssen!“

Nun endlich können wir uns erklären, warum wir dem Herrn Jung so zugetan sind, warum es uns mit magischer Gewalt immer wieder zu ihm zieht; der göttliche Funke ist schuld, der in ihm glüht und nicht sein Substitut. Das innere Feuer sprach auf uns über und nun sind wir von Leidenschaft für ihn erglöhnt und folgen seiner Fährte. Freilich können wir nicht immer Schritt halten mit den nationalsozialistischen Führern, denn es treibt sie — unbekümmert um ihr persönliches Wohlergehen — rastlos vorwärts im Mercedes-Benz und es gibt außer uns Selbstlosen noch Leute, die ihnen folgen müssen, weil sie sonst den Sold nicht bekommen.

Nur Herr Knirsch, den Jung gegangen hat, um sich an seine Stelle zu setzen, weiß außer

uns, daß Jung „sich“ nicht nur Führer zu sein dünkt, sondern geboren wurde; nämlich als Führer und zum Führer.

Vertreter des Verbandes hatten Gelegenheit mit den Vertretern der Deutschen Landbank zusammenzukommen und sich zu überzeugen, daß die Dienstpragmatik auf der Gehaltskürzung besteht und damit auch auf den Kündigungen beharrt. Diese Unterredung hat ferner gezeigt, daß die Bank jeden Abschluß eines Dienstvertrages, der ihre Regie belastet, ablehnt, daß sie grundsätzlich nur auf den Kündigungsbestimmungen des Handlungsbürovertrages beharrt und die Absicht hat, in absehbarer Zeit einer größeren Anzahl von Beamten zu kündigen. Diese Methode der Leitung der Deutschen Landbank war sichtlich auf die Einschüchterung und auf die Erpressung der Kürzung eingestellt.

Der Verband hat nicht nur alle Schritte zum Schutze der Beamtenschaft unmittelbar der Bank gegenüber eingeleitet und vorbereitet, sondern darüber hinaus weitere Maßnahmen zur Abwehr dieses Angriffes getroffen.

Und doch ist die Aktion mißglückt. Am 10. Juni 1932 haben alle gekündigten Beamten der Deutschen Landbank ihr Einverständnis zur Gehaltskürzung gegeben, worauf dann die Kündigungen zurückgezogen wurden. Diese Erklärungen wurden ganz im Gegensaße zu früheren Beschlüssen der Beamtenschaft, die am 10. Juni in Geltung standen, abgegeben, so daß man sich vorstellen kann, was sich alles hinter den Kulissen abgespielt haben mag. Die weitere Entwicklung dürfte, wie leider befürchtet werden muß, den Angestellten traurige Lehren bringen.

Da es sich im konkreten Falle der erzwungenen Gehaltskürzung um ein Bankinstitut handelt, muß vor allem festgestellt werden, daß die erzwungenen Kürzungen insgesamt bei allen 36 Angestellten und Funktionären kaum bedeutend mehr als 60.000 K Ersparnis pro Jahr beitragen, daher in keinem Einklange zu dem Umfange des Einlagenstandes dieser Bank stehen, worauf besonders aufmerksam gemacht werden muß, als Nachrichten der „Wirtschaft“ zufolge, die Deutsche Landbank von der Landesbank ein Darlehen von mehreren Millionen Kronen unter Staatsgarantie erhielt!

Und das Unlagbare des Führertums, das schon Moses in sich fühlte, strömt nun und strömt. Und bleibt für uns unsagbar, weil es leider ein schlechtes Pressegesetz gibt.

Ziehung der Klassenlotterie

130.000 K:	7.680.
20.000 K:	40.621.
10.000 K:	54.228, 67.889, 91.493, 99.530.
5.000 K:	20.281, 30.534, 35.096, 38.007, 43.358, 46.854, 54.265, 66.776, 70.123, 78.541.
2.000 K:	3.102, 15.596, 19.344, 27.767, 28.880, 29.720, 34.348, 38.516, 50.280, 61.977, 63.850, 70.423, 79.615, 83.709, 85.043, 85.200, 95.073, 104.016.

Die tschechoslowakische Tabakregie wirbt Abnehmer für ihre Erzeugnisse.

Wie tut sie das? Durch billige Preise? Nein! Durch eine gute Qualität ihrer Ware? Nein! Sie lobt, wie das jeder Durchschnittskäufer tut, ihre eigene Ware. Sie hat nämlich eine Werbeprospekt mit Illustrationen herausgegeben, die dem Raucher beibringen soll, wie vorteilhaft es ist, hierzulande zu rauchen, wie preiswert unsere Tabakarartikel sind und welche große Auswahl jedem Raucher zur Verfügung steht. Neben diesen Tabellen wird demnachst noch ein Werbekalender und ein Flugblatt zur Steigerung des Absatzes der heimischen Tabakwaren erscheinen. Man verwendet bei diesen Werbeschriften sogar die deutsche Sprache, läßt sich also sogar von staatswegen herab und wirbt in deutscher Sprache um deutsche Kundenschaft, immerhin ein Zeichen, daß sich die Staatsämter dann, wenn es sich ums Geschäft handelt, auch daran erinnern, daß in der Republik auch ein paar Millionen Deutsche leben, deren Geld soviel wert ist, wie jenes der Angehörigen anderer Nationen. Aber die Hauptsache, die Art der Werbemethode! Wir sind der Auffassung, daß man sich all die vielen Ausgaben ruhig ersparen könnte, um den gleichen Erfolg zu erzielen, wenn man sich von Seite der Tabakregie entschließen könnte, die alten Preise und eine bessere Qualität der Erzeugnisse der tschechoslowakischen Tabakregie herauszubringen. Es ist allen Rauchern bekannt, daß die Zigaretten noch nie so schlecht waren, als in der Zeit, da die Preise so stark hinaufgeschraubt wurden. Bei anderen Tabakwaren soll die gleiche Tatsache fest-

zustellen sein. Bei manchen Sorten von Zigaretten kauft man gegenwärtig meist nur fast leere Hüllen, das bishere Tabak, das sie enthalten, ist schlechter als je. Was Wunder, wenn der Käufer immer weniger werden. Da wird auch die modernste Werbemethode nicht viel helfen. Bei den staatlichen Unternehmen müßte denn doch der Grundsatz gelten: Gute Ware wird für sich selbst, besonders dann, wenn man ein Monopol darauf hat.

Ein Mordversuch bei Billin. Frau Marie Pittermann aus Brohn wurde in der Nähe der Orttschaft Kankov im Böhmer Bezirk von einem etwa 50 Jahre alten Mann überfallen, der ihr eine Schlinge aus dünnem Draht über den Kopf warf und sie damit zu erdrosseln versuchte. Die Frau schrie gellend um Hilfe und setzte sich verzweifelt zur Wehr, worauf der Fremde nach minutenlangem Ringen von seinem Opfer abließ und die Flucht ergriff. Bisher konnte ihn die Gendarmerie nicht ausfindig machen.

Tödlicher Sturz von der Treppe. In Schladnig a. d. Biela ist, wie uns aus Brüx berichtet wird, der 35-jährige Arbeiterlose Bergmann in der Nacht über eine schadhafte Treppe so unglücklich gestürzt, daß er sich das Kreuz brach und tot im Stiegenflur liegen blieb, woselbst er in den Morgenstunden aufgefunden wurde.

Tötende Blitze. Bei einem Gewitter, dessen wolkenbruchartiger Regen in der Stadt Opatowitz zahlreiche Keller überschwemmte und im Kreise Opatowitz mehrere Brücken wegriß, wurden auf dem Lande durch Blitzschlag ein Erwachsener und zwei Kinder getötet. Bei den schweren Gewittern, die am Donnerstag abends im Kreis Glogau niedergingen, wurden in Alstranz zwei Arbeiter vom Blitze getötet.

Doktoren der Handelswissenschaft. Gestern fanden an der Hochschule für Welthandel in Wien die ersten Promotionen zu Doktoren der Handelswissenschaften — insgesamt sechs, darunter eine Frau — statt.

Hilft die Kinder! In einem Wäldchen bei Weipert trieb vor einigen Tagen ein Fremder sein Unwesen, indem er schulpflichtige Kinder unter verschiedenen Versprechungen an sich zu locken und sie zu mißbrauchen suchte. Sein Vorhaben scheint aber, wie die Erhebungen ergaben, in allen Fällen mißlungen zu sein, denn die Kinder bekamen Angst vor dem unbekanntem Mann und ergriffen vor ihm die Flucht. Ein Verdächtiger wurde schließlich mit den Kindern konfrontiert, jedoch ohne Ergebnis, da die Kinder behaupteten, der Mann, der sie angelockt hatte, sei ein anderer gewesen. Die Nachforschungen nach dem Wüstling werden fortgesetzt.

400-Jahrefeier der Bergstadt Platten. Die Erzgebirge verbunden. Der Hauptfesttag ist am Zeit vom 24. Juli bis 21. August 1932 die Feier ihres 400-jährigen Bestehens. Mit der 400-Jahrefeier ist eine Jubiläumsausstellung und landwirtschaftliche Gebietschau für das obere Erzgebirge verbunden. Der Hauptfesttag ist der Sonntag, den 7. August, an dem u. a. ein großer historischer Festzug stattfindet.

Ein Vater erwirgt sein Kind. In Kottlitz bei Bilsen erwirgte gestern vormittags der beschäftigungslose Arbeiter Josef Did, als seine Frau im Waide Schwämme suchte, sein sechs-jähriges Kind. Er ging dann auf den Boden und erhängte sich. Seine Tat verübte Did in einem Anfall von Schwermut. Wie festgestellt wurde, ist auch die Mutter Dids vor einigen Jahren eines gewaltsamen Todes gestorben.

Sportbilliges Obst — in Ungarn. Wie die Budapestener Blätter berichten, sind die Obstpreise in Ungarn, besonders auf den Märkten in Keszmet und Nagyhörös sowie im Gebiete zwischen der Donau und der Theiß um 50 Proz. und mehr gesunken. Marillen, deren Durchschnittspreis im Vorjahr 80 Heller betrug, kosten jetzt 20 Heller per Kilogramm. Ein Kilogramm Gurken kostet 2 Heller.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Samstag:
Prag: 6.15 Gymnastik. 11.00 Schallplatten. 13.40 Schallplatten. 18.25 Deutsche Sendung: Inspektor Edwin Janerich-Prag; Musikalische Zeitgeschichte. 19.00 Blasmusik. 21.00 Lustiger Abend. — **Brünn:** 12.30 Orchesterkonzert. 18.00 Für Pfadfinder. 18.25 Deutsche Sendung: Rabarett. 20.00 Reisebilder. 22.20 Bunte Stunde. — **Preßburg:** 14.30 Orchesterkonzert. 17.30 Marionettentheater. 20.00 Chorkonzert. — **Berlin:** 16.05 Orchesterkonzert. 19.10 Schumann: Karneval. — **Breslau:** 18.30 Alte Länze. — **Hamburg:** 19.25 Rührkonzert. — **Königsberg:** 19.00 Lieberstunde. 20.00 Konzert. — **Leipzig:** 20.00 Das Dorf ohne Glocke, Zingpiel. — **Mühlacker:** 20.00 Volksmusik und Wanderlieder. — **München:** 20.00 Bunter Abend. — **Wien:** 18.50 Aktuelle Stunde. 22.15 Konzert.

Sonntag:
Prag: 6.15 Gymnastik. 9.15 Schallplatten. 11.00 Konzert. 12.05 Konzert. 18.00 Deutsche Sendung. 22.25 Schallplatten und Jazzkompositionen. — **Brünn:** 18.00 Deutsche Sendung. 19.00 Jazzmusik. — **Preßburg:** 20.00 Hochzeitssalzer. Musikkomodie. 22.25 Zigennermusik. — **Berlin:** 20.00 Orchesterkonzert. — **Breslau:** 21.00 Mit Mandolinen und Gitarren. — **Hamburg:** 15.30 Mandolinenkonzert. — **Königsberg:** 15.30 Bunte Stunde für die Jugend. — **Königsbrunn:** 20.00 Funfbarationen. — **Leipzig:** 18.40 Brahms-Stunde. 20.15 Orchesterkonzert. — **Mühlacker:** 18.45 Kammermusik. — **München:** 17.10 Sinfonischer Konzert. — **Wien:** 10.30 Musik des Parades und Hofes. 13.00 Bei den Wiener Schrammeln. 15.45 Lieder und Arien. 22.30 Tanzmusik.

Feldarbeiter als Maschinenführer. Eine Gruppe von Feldarbeitern, die bei den Erntearbeiten ohne Beschäftigung geblieben war, griff in der ungarischen Gemeinde Hajduböhmény die auf dem Felde stehenden Erntemaschinen eines Pächters an und zerstörte sie vollkommen. Der Pächter gab aus seinem Jagdgewehr bei der Verteidigung der Maschinen einen Schrotschuß ab, doch würde niemand verletzt.

Fliegertod. In der Nähe von Salzburg stürzte gestern vormittags der Fliegerlehrer und frühere Hauptmann Eduard Kühn mit seinem Flugzeug, in dem der Fluglehrer Dr. Ratter aus Sankt Pölten saß, aus bisher unbekannter Ursache ab. Beide Flieger waren auf der Stelle tot.

Opfer der Hundstage. Im Teiche „Zabeč“ in Bladko (Bezirk Neubaus) ertrank beim Baden der 33jährige Maurer Josef Bouda, Vater dreier Kinder. Obwohl zahlreiche Menschen in der Nähe waren, gelang es niemandem, den Ertrinkenden zu retten. Die Leiche Boudas, der wahrscheinlich einem Herzschlag erlegen ist, konnte bisher nicht gefunden werden. — Im Flusse Jisa bei Chybi unweit des Bahnhofes ertrank beim Baden der 30jährige Rauschlohnant des militärischen Ergänzungsbezirkskommandos Josef Suka. Er wurde von Krämpfen befallen und die starke Strömung riß ihn mit sich fort. Obwohl Suka um Hilfe rief, wagte infolge der gefährlichen Strömung niemand, dem Ertrinkenden beizuspringen. Die Leiche des Ertrunkenen konnte bisher nicht geborgen werden. — In Munkacs wurden infolge der herrschenden Hitze zwei Geschäftsleute im Kaffeehaus von Unwohlsein befallen und mußten ins Spital übergeführt werden. Gleichfalls infolge der Hitze wurde dort vor einigen Tagen der Chauffeur Sotol von einem Unwohlsein befallen und starb beim Transport ins Krankenhaus. Stettensweise wurden bis zu 45 Grad Hitze in der Sonne gemessen. Die meteorologische Station in Uhorod verzeichnete die höchste Temperatur am 12. Juli, und zwar 34 Grad im Schatten. Aber auch an den übrigen Tagen bewegte sich die Temperatur um 30 Grad im Schatten.

Bürgertum und Nationalsozialismus.

Nimmt man heute eine bürgerliche Zeitung zur Hand, so merkt man zu seinem größten Erstaunen, daß die Stimmung in der nicht direkt vom Hakenkreuz abhängigen Presse zu der politischen Entwicklung und Einstellung ganz anders ist, als etwa vor einem Jahre. Das gleiche Bürgertum, das jahrelang nach einer Schutztruppe rief, um den „Marxismus“ in Gemeinde und Staat, in Wirtschaft und Politik, unmöglich zu machen, merkt langsam, daß es eine Bewegung gerufen, unterstützt und zu Einfluß gebracht hat, die alles will, nur keine Ruhe und Ordnung für den beschaulichen Bürger. Eine Bewegung, die ein Soldnerheer der Schlotbarone geworden ist, das sengend und mordend über Land zieht will. Vereinzelt Vorfälle in Deutschland, bei denen nicht nur Sozialdemokraten und Kommunisten, sondern auch unpolitische Bürger überfallen und an Gesundheit und Leben bedroht wurden, weiter der vor wenigen Tagen in Wien verzeichnete Vorfall, bei dem ein Klub der Hocharistokratie gestürmt und in rauer Weise behandelt wurde, lassen den Bürger, der vor den „ewigen Demonstrationen“ der Arbeiter Ruhe haben wollte, ahnen, wie es in einem Staate zugehen wird, in dem die Hakenkreuzhorden das Leben und das Eigentum „schützen“ werden. Dazu kommen noch die täglichen Meldungen aus Deutschland über Leberfälle und Morde, die nicht immer mit dem politischen Kampfe, sondern oft genug mit Verbrechertum übelster Sorte in Verbindung gebracht werden können.

Der Durchschnittsbürger rief nach reaktionären Gewalten, weil er die Ruhe der Vorkriegszeit ohne „soziale Inflation“ wieder haben wollte, weil ihm der Kampf der Arbeiter, der die Massen öfter als ihm lieb war, auf die Straße brachte, zuwider war. Aber den Bürgerkrieg in Permanenz, den wollte er nicht haben, noch weniger Helfer, die ihn ständig bedrohen. Bei diesem Bürgertum sind auch jene Kreise der Juden inbegriffen, die nicht dem Großkapital angehören und deshalb mit gemischten Gefühlen den Tagen entgegensehen, da das Dritte Reich über die Menschheit hereingebrochen sein wird.

Das Bürgertum sieht aber auch das Ende jener Parteien des kleinen Mittelstandes herannahen, in denen es sich am wohlsten fühlte. Der Nationalsozialismus frißt ihnen die besten Kräfte weg. Räumlich das Stimmvieh und die Geldleute, sie laufen, weil sie beim Hakenkreuz am meisten zu erwarten haben, restlos hinüber. Denken sie noch daran, daß die Erhaltung der Hausmacht des Dritten Reiches zu all den Schrecken, die sie bringen wird, auch noch wird bezahlt werden müssen, aus Mitteln, die der Allgemeinheit in Form von Steuern entnommen werden, dann vergeht ihnen allends die Freude an der Zukunft, der sie entgegengehen. Einer Zukunft, die man ihnen in der Frühzeit des Nationalsozialismus ganz anders vorgemalt hat. Ihnen allen haftet in frischer Erinnerung das Bild, das man vom nationalsozialistischen Staat so oft gezeichnet hat: ein Staat, in dem der Arbeiter und der Bürger nach Feierabend vor ihren Häusern sitzen und ihre Bühnen unterstützen. Er sieht jetzt diesen Staat etwas klarer als damals. Statt der Futterschüssel hat der Arbeiter und der Angestellte, der Handwerker und Bauer im Dritten Reich, die Handgranate und Revolver in der Hand, um seinen Mitmenschen zu morden. Dieses Bild heimlich nicht im geringsten an, im Gegenteil, es schreckt ihn nachts

Chauvinistische deutsche Bürgerfront unter Führung der Hakenkreuzler.

Einig im Nationalismus und einig in der Hetze gegen die Sozialdemokratie.

Die „Volkzeitung“ hat gestern über eine kürzlich in Komotau veranstaltete deutsch-bürgerliche Protestkundgebung gegen die Vorfälle in Dux berichtet. Man wird sich die ganze Sache merken müssen — nicht nur in Komotau. Erst laden die Nazis, die jeden Tag in Deutschland mindestens einen Sozialdemokraten um die Ecke bringen, unsere Partei zu dieser Demonstration ein; die Komotauer Genossen lehnen natürlich ab und begründen das in einem ausführlichen Schreiben (unseren Genossen braucht nicht erst begründet zu werden, warum unsere Vertrauensmänner sich mit den Gefinnungsgenossen der braunen Vorbesten nicht zu einer gemeinsamen Kundgebung zusammensetzen!); noch wenige Stunden vor der Versammlung ließ der vorbereitende Versammlungsausschuß den Abg. Genossen Kaufmann dringlich bitten, in der Versammlung zu referieren; Kaufmann lehnt ab und nun, weil ihnen in der Versammlung der Aufpuß durch eben jene Sozialdemokratie fehlt, gegen die die Nazis im Reich mit Knüttel und Dolch, die Nazis bei uns täglich mit Gemeinheit und Lüge vorgehen, fällt dann ein Naziführer, der Herr Angewiesener Brehm, unter dem tausenden Beifall nicht nur der Hakenkreuzler, sondern auch der verbündeten Deutschnationalen, Landbändler, Christlichsozialen und Gewerdepateiler über die Sozialdemokraten her, beschimpft unsere Partei, wirft ihr natürlich wieder einmal nationalen Verrat vor und zu guter Letzt hat dieser Brehm, um sich um das deutsche Volk verdient zu machen, die Stirn, unseren Genossen Kaufmann — den er anders als hochwillkommenen Gast in der Versammlung begrüßt hätte! — als einen „marxistischen Bourgeois“ zu bezeichnen, der durch 14 Jahre seine Pflicht gegen die Arbeiter nicht genügend erfüllt hätte!

Und dazu tosten die Versammlungsteilnehmer laut dem in diesem Punkte wohl verlässlichen Bericht des Komotauer Bürgerblattes Beifall! Run, Genosse Kaufmann kann stolz darauf sein, daß ihn anscheinend die Komotauer Bürger so tief hassen. Und ihr Beifall bestätigt nur, daß ihrem Empfinden nach Genosse Kaufmann seine Pflicht als Arbeiter-

vertreter nur allzu gut erfüllt — eine Pflicht, die eben den unentwegtesten Kampf gegen die nationalsozialistische, christlichsoziale, deutschnationalen und landbändlerische Politik in sich schließt! Es ist ganz in Ordnung, wenn die scharfmacherischen Unternehmer wie die auf ihren Geldsäcken sitzenden Spießer dem strengen Angriff eines nationalsozialistischen Scheinverteilers proletarischer Interessen auf einen um die Arbeiterbewegung hochverdienten Genossen Beifall klatschen; die wahrhaft sozialistisch gesinnte und führende Arbeiterfront sieht so wenigstens wieder einmal die eine reaktionäre Masse geschlossen gegen sich und ihre Vertrauensmänner; geschlossen im Zeichen des Hakenkreuzes, des Kreuzes, der Kornblume und von „Halm und Ahr“. Und es war die Krönung dieses würdigen Schauspiels, als die Versammlung unter der Führung jenes Brehm auch über die tapfere Haltung der tschechischen Sozialdemokratie hinwegpolitisierte, durch die lügenhafte Behauptung, daß alle tschechischen Parteien den chauvinistischen Erzech in Dux gutgeheißen hätten. Nein, die tschechische Sozialdemokratie hat sich auch in diesem Falle männlich-selbstverständlich gegen die tschechischen Chauvins ausgesprochen, so wie wir den Kampf gegen den Nationalismus in erster Linie als Kampf gegen den Chauvinismus und die nationale Verbeugung im deutschen Lager führten und führen werden.

Wie schwer dieser Kampf ist, dafür liefert uns die Borniertheit und Kurzsichtigkeit des sudetendeutschen Bürgertums täglich Beweise. Und daß Komotau geradezu eine Blütenlese aus dieser Gattung sudetendeutschen Menschentums beherbergt, ist ein offenes politisches Geheimnis. Um so schärfer aber vollzieht sich deshalb gerade in diesen Hochburgen deutschböhmischen Nationalismus die Scheidung der Geister. Dort der hakenkreuzlerisch-deutschnational-merikale teutonische Sumpf — hier die in bester nationaler Pflichterfüllung international gesinnte und international kämpfende deutsche sozialdemokratische Arbeiterschaft. Wer in diesem Kampf den Endsieg ersehen wird, war uns noch keinen Augenblick zweifelhaft!

aus seinen Träumen, er verwünscht die Stunde, da er dieser Bewegung des Großkapitals seine Hilfe werden lieh.

Dazu kommen noch die vielen Warner im bürgerlichen Lager, die sagen, der Nationalsozialismus werde dem Bürgertum, das sich nach Ruhe und Ordnung, und vor allem nach wenig Steuern sehnt, nur in allen seinen Wünschen eine schwere Enttäuschung, blutigen Bürgerkrieg und restlose Verarmung des Mittelstandes bringen, sondern zu allem noch die Gefahr des Bolschewismus, der dieser großen Enttäuschung der Hunderttausende, die heute auf den Nationalsozialismus schwören, logischer Weise als Reaktion folgen muß. Nun sehen die Schrittmacher des Hakenkreuzganges mit Schrecken die Entwicklung, ohne die Möglichkeit, sie zu hemmen. Zu rückständig in ihrer geistigen Einstellung, kommen sie nicht zur Einsicht, daß die Zeit zu einer klaren Entscheidung drängt, entweder für den Sieg der kapitalistischen Idee, das ist der Sieg des Nationalsozialismus, das ist die Etablierung der Diktatur im Dritten Reich, oder für den Sozialismus, das ist der Sieg der Demokratie, die Herbeiführung der Planwirtschaft, der einzigen Möglichkeit, die Menschheit von allen Qualen der Weltkrise zu befreien, das ist der Friede und die Volkerveröhnung.

Diesen Weg findet er nicht, er klagt — und das ist alles was er kann, — weil er die Geister nicht los wird, die er mit lauter Stimme und großer Begeisterung rief.

Dank an Käthe Kollwitz.

Von Marga Bauer.

Nur der wahrhaft mütterliche Mensch hat die qualvolle und heldenreiche Fröhenheit dem großen Urleid nachzuspüren, das als Lebendiges, fortzeugend, die Menschheit überflutet. Paart sich mit seiner Empfindung, seinem Takt und Wissen, die Kraft des Schöpfers und die nie endende Geduld des wahren Arbeiters, so erlebte in ihm der Meister, der die Jüngernden uns schwer Erkennenden mitreißt und hinreißt, bis auch in ihnen der Wunsch erwacht: den Kern des Leides zu erkennen, mitzuleiden.

Käthe Kollwitz' Gesinnung sind die Worte des reinen Frauentums eingepreßt: nicht mitzuhassen, sondern mitzulieben. Aus unerlöschlichen Mitleid und unermüdeten Liebe nährt sich ihr Werk.

Ihr Schicksal hat sie, von Beginn ihres Lebens an, nahe den einfachen Menschen, den Unterdrückten gestellt. Als Frau eines Arztes im Norden Berlins sieht sie täglich Elend und Kummer aller Art an sich vorbeiziehen, schaut sie das Ringen der Menschen nach dem flüchtigen Funken eines kleinen Glücks, wie es sich ihnen offenbart in der Familie.

Trieb nach Luft erzeugt neues Leben. Den Kindern gehört darum die innigste Liebe. Alles, was den Älteren verwehrt blieb, hoffen und wünschen sie in den Kindern verwirklicht zu

sehen. Nicht die Liebe von Mann und Frau steht darum im Mittelpunkt der Kollwitzschen Schöpfung, sondern die Liebe der Eltern zum Kind: die Mutterliebe. Alles Werk schaffen kommt bei Käthe Kollwitz aus dem geläuterten und heilig gewordenen Mutterinstinkt. Die Mutter in ihr erkennt das Leid der ganzen Menschheit; ihr Schaffen aber wird ihr nicht zur einmaligen Befreiung von diesem Leid, wie dies so oft beim männlichen Künstler der Fall ist; tiefer noch beugt sie sich und immer liebender über den Quell des Leides.

Quell des Leides ist der Lebenstrieb. Er erzeugt höchste Gut und tiefste Freude, er erzeugt Mord, Haß und Tod. Doch immer wieder legt sich an die Stelle des Bewußtseins neues Dasein. Der Lebenstrieb lenkt nicht Ablehnung noch Auswahl; wohl- und bedingungslos stellt er das Häßliche neben das Schöne, Gewalt neben freie Hingabe, Leid neben Lust. Aus allem Schrecklichen aber das Seiende zu befreien und zu erhöhen, dies wird die Aufgabe des Künstlers.

Käthe Kollwitz hat diese Aufgabe erfüllt. Freilich baut sie dem Leben kein strahlendes Standbild; ihr ist die Schattenseite nah. Fern bleibt ihr jegliche Erhöhung einer menschenförmigen, reinen Kunst, nah das Geringe, das kleine Schicksal der im Dunkel Aufstrebenden, Kämpfenden und stumm verblutenden Menschheit.

Dies ist vor allem der Inhalt ihrer drei großen Zyklen: Bauernkrieg, Weberaufstand und der Kriegsfolge. Auf dem Hintergrund historischen Geschehens zeichnet sich das tragische Schauspiel zahlloser Einzelschicksale ein, die untereinander sich verflechten zu einem endlosen Spiel von Liebe, Leid, Tod und wieder Leben.

Die Melodien dieser alten Klage sind in den ersten Bildern des Weberaufstands. Jagdhaß fladert die Kerze auf dem Tisch der Armen, das Lebenslicht der Mutter löst der Tod aus, ihre nie fallenden Hände ruhen. Die Mutter ist tot; nun ist der Weg frei für das zerstörende Geschehen. Aber sie ist es ja, die wiederum in den nächsten Bildern, das, was die Männer in ihrer Beratung besprochen, zum Ausbruch treibt. Sie zieht, mit dem Kind auf dem Rücken, an der Seite des Weberzugs, sie reicht die Steine zum Sturm auf des Reichen Haus, sie steht bei den Toten, wachend, erlebend, als Frage, die sie weitergibt an die Nachkommenden.

Auch im Bauernkrieg ist Männergeschehen gestaltet. Doch die treibende Kraft ist wiederum die Frau. Sie wird zur Rächenden, ihr Gefühl ist es, das als Gedanke im Männerhirn erwacht und zu Taten antreibt. Sie aber leuchtet auch über das Schlachtfeld mit dem Licht ihrer nie verflöschenden Liebe und sucht den toten Sohn: das Menschenkind.

Losgelöst vom dumpfen Instinkt, der noch zu Gewalt hintreibt, zu Haß und Kampf um menschliches Recht, steht die Gestalt der Mutter in der Folge „Krieg“.

Hier greift Käthe Kollwitz in den eng und verbundenen Schmerz der Zeit. Sie selbst hat im Oktober 1914 ihren jüngsten Sohn im Krieg verloren.

Aber erst nach Kriegsende hat Käthe Kollwitz ihr Werk, das ihrem Toten und allen gefallenen Söhnen der Erde gehört, begonnen. So schildert sie auch nicht Chaos, Schlacht und Weltuntergang. Sie erzählt vom Opfer, das ihr und allen Müttern auferlegt wurde, von der Klage der jungen Witwe, vom Schmerz der Eltern und vom unerlöschlichen Glauben an das unzerstörbare Leben.

Reicht noch im ersten Bild die Mutter ihr Kind auf den gebundenen Armen als Opfer dem fordernden rächenden Gott hin, ragen im zweiten die freiwilligen vom Tod geführt in die Vernichtung, schließt sich im dritten die Klage der Eltern zu einem unerhörten Monument des Schmerzes zusammen, scheint in den Bildern von der Witwe alles Leben endgültig vernichtet bis hinab zum Keim im Mutterleib, so schließt sich in dem Bild der Mutter ein schützendes Ring. Was der Kampf der Waise nicht vermochte: Leben zu schütten, vermag die Waise der Mutter. Sie bewahrt die heilige Flamme und reicht sie weiter.

Rings ballt sich das Volk: haß- und qualverzerrte Gesichter branden wie Wogen heran an die Eine, die alles in sich faßt und begreift: die Mutter, deren Hand sich hütend um das Gesicht des Kindes schmiegt.

Ihr Blick geht horchend nach innen. Sie trägt die Züge ihres Meisters, ist er selbst, ist wiederum erkennende und bewahrende Liebe.

Diese Liebe ist es, die Käthe Kollwitz zu den Ärmsten in den Städten hinführt. In ihnen, deren Leben voll Kampf und Leid vergeht, ohne an die lichte Oberfläche eines heiteren Daseins emporzusteigen, sieht sie die tragende und dulddende Basis des Volkes. Das Massenschicksal aber löst sie ins Einzelne auf und befreit in ihm all das Jarte, Innige, Unscheinbare der feinen Gefühle und Bindungen. Das sind ihre Bilder „Besuch im Kinderkrankenhaus“, „Frauen im Gespräch“, „Mutter mit Kind auf dem Arm“, noch viele andere. Und eben dieses einzelne Schicksal wird wieder zum Allgemein-Gültigen.

Dies Wissen um die Heiligkeit und Unverwundbarkeit des Menschen an sich, um die geringe Regung der Weltseele, wie sie in jeder Kreatur durch das Leid geweckt und geläutert wird, danken wir der unermüdeten Meisterhand Käthe Kollwitz. Wir stehen vor den jetzt bedeutenden Standbildern der Eltern, die für den Soldatenfriedhof von Eisen in Flandern bestimmt sind.

Auch sie sind wiederum Träger des bittersten Leides. Der offen starrende Blick des Vaters, seine verkrampfte Hand spricht es aus, die geschlossenen Augen, das gebückte Juchlauchen der Mutter offenbart es.

Steingewordene Trauer wird zum Inbegriff des Schmerzes um das zerstörte Leben. Doch der noch innen gewendete Blick der Mutter weilt um das immer neue Keimen des Daseins und ruft uns auf, es zu bewahren und zu schützen.

Mitteilung aus dem Publikum.

Schönheit verpflichtet. Wer schön ist, muß erst recht darauf sehen, daß er durch regelmäßigen Gebrauch der guten Chlorodont-Zahnpaste schöne weiße Zähne erhält. Tube K 4. — und K 6. —.

Reichenberger Kuranstalt. Chefarzt Dr. Josef Reugebauer. Eingebettet in die herrliche Wald- und Gartenpracht des Reichenberger Kurwäldes liegt die Reichenberger Kuranstalt. Sie bildet mit ihren drei Wohngebäuden (80 Zimmer), dem Badegebäude, ihren Liege- und Sonnenterrassen, ihrem Park (zirka 24.000 Quadratmeter großen Park ein Zuculum, das zum Verweilen und zum Ausruhen einladet. Die hellen, meist nach Süden gelegenen Zimmer sind sämtlich mit Bedach auf Hygiene und Sauberkeit eingerichtet und verfügen über fließendes Warm- und Kaltwasser, Zentral-Warmwasserheizung, elektrisches Licht usw. usw. Für Geselligkeit sind Gesellschaftsräume, Radzimmer, Les- und Schreibzimmer vorhanden. In zwei hellen freundlichen Speisefesteln mit keinen Tischchen werden die fünf reichlichen Mahlzeiten des Tages serviert. Der Hauptperisalaal führt in den schattigen, mit kleinen Gartentischen versehenen Kaffeegarten, der wiederum auf die Sonnenterrasse und in einen wundervollen Rosengarten führt. Für alle dabei gewohnten Bequemlichkeiten ist vorgesorgt. Folgende Heilbesuche finden in der Kuranstalt zur Verfügung: Walkturen bei Unterernährten und Erholungsbedürftigen, Entsetzungen bei konstitutioneller und interkurrenter Festsucht, Koffisidialien nach Dr. Virchow-Beumer, Gersondiät, Diäturen: Magen-, Darm-, Nieren-, Diabetiker-Diäten, Leberdiät bei Anämien, Regenerationsdiäten: Schröthdiäten nach Lindwieser Art. Klimatische Behandlung: Luftbäder, Freiluftdiäten, Sonnenbäder, Sonnenliegen, Dauerliegen in den freien Liegehallen, Liegeterrassen, nach Süden orientiert, Pallone, Hydrotherapie: Halb- und Ganzbäder, Luftperlbäder, Bürsten-, Wechsel- und Tauchbäder, Wechselbäder, Feucht- und Trockenpackungen, Meiswaldbäder: Fischen, Sole-, Moor-, Sauge-, Koblenz-, Sauerstoffbäder usw. usw. Elektrotherapie: Faradisation, Tonzator, Diathermie, Bierzellenbäder, Thermoherapie: Heiß-, Lichtbäder, Zolug, Fango, Massage und Gymnastik. Inhalationsherapie: Feucht- und Trockeninhalationen (Inhalationskammern), Emulsiolonen: Darmbäder, Pauschalpreise proWoche per 580 K angefangen. Tagespenzion 60 K, Schröthdiäten-Pauschalpreise proWoche von 100 K angefangen. Auskünfte erteilt die Direktion der Reichenberger Kuranstalt, Reichenberg in Böhmen. Telefon Nr. 1467. 1695

Bad Lieberwerda im Isergebirge veranstaltet am 21. Juli ein Wettschwimmen und Wasserspiele. Alle Sportliebhaber sind dazu, wie auch zum Rennen bei dieser Gelegenheit eingeladen. 1696

